

Die Vereinbarungen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition bringen den Willen der Völker zum Ausdruck, daß jeder Staat und insbesondere Deutschland — also gegenwärtig beide deutsche Staaten — alles in seinen Kräften Stehende zu tun hat, um durch Aufdeckung und gerechte Ahndung nicht nur alles Unrecht zu sühnen, sondern vor allem neuem Unheil vorzubeugen und entgegenzuwirken. Damit soll — wie auch aus den Artikeln 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen schlüssig folgt — „die Wiederaufnahme einer Angriffspolitik“ durch militaristische Kräfte verhindert werden.

Dieses Ziel ist eine hohe Verpflichtung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Völkern und entspricht den Lebensinteressen der deutschen Nation selbst. Die besondere Verpflichtung zur Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher ist für Deutschland im Potsdamer Abkommen enthalten, das — wie der Vorsitzende des Staatsrates, Genosse Walter Ulbricht, ausführte — „die große Chance für die Schaffung eines friedliebenden Deutschlands bot“.

In dessen Abschnitt III A 5 heißt es:

„Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben.“

Der Rechtsgrundsatz der Verantwortung des deutschen Volkes für die Bestrafung der Kriegsverbrecher ist ein bleibender Grundsatz. Das ergibt sich unmittelbar aus dem Potsdamer Abkommen, aber auch aus den schon angeführten Artikeln der UNO-Charta, die die endgültige Entwurzelung der Angriffspolitik des deutschen Militarismus sichern sollen. Das Verhalten der beiden deutschen Staaten gegenüber den Kriegsverbrechern ist kennzeichnend dafür, wo in Deutschland die völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Ausmerzung des Faschismus — und damit zur Sicherung des Friedens — befolgt werden.

Es ist eine anerkannte historische Tatsache, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die durch die Staaten der Anti-Hitler-Koalition auf erlegte Verpflichtung zur Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher erfüllt wurde. Voraussetzung dafür war, daß unter Führung der Arbeiterklasse von allen demokratischen Kräften gemeinsam die Macht der militaristischen Kräfte gebrochen und ein neuer, demokratischer Staat geschaffen wurde. Der Staatsapparat